

• **Basler Zeitung**

# Die Wohlfühlregierung

Der Bundesrat tickt links. Warum es die Bürgerlichen nicht schaffen, ihre Politik zu machen.



Konsens statt Debatte. Den SP-Bundesräten gelingt es meistens, Abstimmungen zu verhindern – und die Bürgerlichen lassen sie gewähren. Bild: Keystone

*Dominik Feusi*Bern04.04.2018

Freitag, 2. März, 2018. Der **Bundesrat** berät die Altersvorsorge, die von der EU verlangten Anpassungen im Waffenrecht und die entscheidenden Beschlüsse, wie die Schweiz ihre Beziehungen zur EU regeln will. Eigentlich waren die Kampfjets auch noch auf der Traktandenliste, das Geschäft wurde jedoch vertagt.

Auf dem Papier sind fünf von sieben Bundesräten bürgerlich, vier von ihnen sind in der FDP und SVP. Sie stehen für das, was SP-Präsident **Christian Levrat** bei jeder Gelegenheit als «Rechtsrutsch» im Bundesrat bezeichnet, personifiziert durch die Wahl von **Guy Parmelin** als Nachfolger von Eveline

Widmer-Schlumpf im Dezember 2015 und dann durch den Ersatz von Didier Burkhalter durch den «rechtsbürgerlichen» **Ignazio Cassis**.

Hätte Levrat recht, die Sitzung an diesem 2. März wäre ein Spaziergang für die Bürgerlichen, sogar wenn CVP-Bundesrätin **Doris Leuthard** sich – wie dem Vernehmen nach öfters – auf die Seite der SP stellt. Mit der bequemen bürgerlichen Mehrheit würde bei der Altersvorsorge eine Sanierungsvorlage beschlossen, wie es FDP und SVP im Abstimmungskampf gegen **Alain Bersets** Rentenreform gefordert haben. Beim Waffenrecht würde der Bundesrat eine eng begrenzte Übernahme der EU-Direktive beschliessen und bei den Beziehungen zur EU zwar guten Willen, aber keinesfalls Eile demonstrieren, wie es die FDP und Bundesrat Ignazio Cassis selber ständig wiederholt haben.

Doch die bürgerliche Zusammenarbeit funktioniert auch an diesem Morgen nicht. Alain Bersets Plan, statt einer sachlichen Reform einfach den Maximalbetrag an zusätzlicher Mehrwertsteuer zu fordern, kommt durch. Beim Dossier Europa setzt der Bundesrat gegenüber seinem neuen Mitglied Ignazio Cassis die Behauptung durch, es gebe in diesem Jahr ein «Window of opportunity», weshalb er nun «vorwärtsmachen» müsse, und beim Waffenrecht erhält Bundesrätin Sommaruga Unterstützung für ihr Vorhaben, das in der Vernehmlassung weitgehend abgelehnt worden war.

Die Episode ist kein Einzelfall. Warum es so und nicht anders kam, sagt viel aus über den Zustand der Landesregierung. Die vier FDP- und SVP-Bundesräte arbeiten nicht zusammen. Es sei zwar besser geworden, heisst es. Aber die bürgerlichen Magistraten liessen sich – nicht nur an diesem Morgen – bei Geschäften von Alain Berset und **Simonetta Sommaruga** immer noch auseinanderdividieren, vor allem dann, wenn sie am gleichen Tag eigene Geschäfte vertreten. Und Bundespräsident Alain Berset (SP) nütze diese Schwäche zusammen mit Bundeskanzler Walter Thurnherr (CVP) zu seinen Gunsten aus, wenn sie Woche für Woche die Traktandenliste vorbereiten.

### **Zwei Alte und zwei Neue**

Das müsste nicht sein. Wenn die vier Bundesräte aus FDP und SVP auch ihre eigenen Geschäfte frühzeitig und eng untereinander abstimmen würden, wären sie weder vom Goodwill der SP-Bundesräte noch von Doris Leuthard abhängig. Der Grund dafür, dass sie das nicht tun, so sagen Beobachter aus dem Umfeld der Regierung: Im bürgerlichen Quartett stünden sich zwei langjährige Bundesräte, bei denen immer mal wieder von Rücktritt die Rede sei, und zwei Neulinge gegenüber.

Bundesrat Guy Parmelin konzentrierte sich auf die Erneuerung der Luftverteidigung. Er wolle dabei vor allem eines, nämlich keinen Fehler machen, und informiere lieber einmal zu viel als einmal zu wenig über das Geschäft. Gleichzeitig tue er alles, um eine erneute Abstimmung über den Kampfjet zu verhindern. Das Volk solle zuerst das Geld sprechen und dann gefälligst schweigen – eine fragwürdige Haltung angesichts des letzten Typenentscheides der Landesregierung zugunsten des Gripen, obwohl der in der Evaluation komplett durchgefallen war. Guy Parmelin scheut offenbar die Auseinandersetzung im Bundesrat, weil er um sein Prestige-Projekt bangt.

Ähnliches hört man von **Johann Schneider-Ammann**. Er mische sich zwar mit kritischen Mitberichten ein, aber an der Bundesratssitzung gehöre er nicht zu denen, die nach einer langen Sitzung einem Alain Berset und seinen AHV-Plänen die Stirn böten. Der Wirtschaftsminister engagiere sich vor allem für zwei Dinge: neue Freihandelsverträge und eine neue Landwirtschaftspolitik. Im Bundesrat hat er beides durchgebracht, aber vor allem weil seine Kollegen davon ausgehen, dass die Bauern seine Pläne schon stoppen werden. Gesundheitlich ist der Wirtschaftsminister immer noch angeschlagen. Ganz auf der Strecke bleibt der Abbau von Gesetzen und der Bürokratie, die sein Departement resolut vorantreiben könnte. Kürzlich scheiterte Schneider-Ammann gar mit dem Antrag im Bundesrat, der Bund solle die Durchführung der Berufsolympiade unterstützen. Dafür sabotiert er eine realistische Europapolitik, die sein neuer FDP-Kollege Cassis angestrebt hat. Zu nahe stehen ihm seine alten Freunde von der Maschinenindustrie, die um jeden politischen Preis ein Rahmenabkommen wollen. Von seinem Rücktritt redet nur deshalb niemand mehr, weil man hofft, dies führe dazu, dass er ihn einreicht.

### **Parteien sind unzufrieden**

Wie amtsmüde **Ueli Maurer** ist, lässt sich an der Steuervorlage 17 erkennen. Zwar brachte er nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform rasch eine neue Vorlage, arbeitete sie aber bloss mit vier Finanzdirektoren und drei Verwaltungsleuten aus. Entsprechend hat er jetzt zwar die Kantone hinter sich, aber die Parteien von links bis rechts sind unzufrieden. Gegen rechts setzt Maurer ausgerechnet auf den Zeitdruck der EU, die die Steuerprivilegien nächstes Jahr weghaben will und mit einer «Schwarzen Liste» droht. Die Linke lockt er mit Zugeständnissen, die entweder den Steuerwettbewerb verringern oder dann mit Unternehmenssteuern nichts zu tun haben, wie die Erhöhung von Kinderzulagen. Seine Aufgabe als bürgerlicher Finanzminister

wäre gewesen, genau dieses taktische Spiel, das der Linken in die Hände spielt und den Wirtschaftsstandort schwächt statt stärkt, zu verhindern. Die Vorlage ist akut absturzgefährdet.

Umso mehr Freude macht es Maurer, die Öffentlichkeit an der Nase herumzuführen, was seinen Rücktritt angeht. Letzte Woche sagte er – nicht zum ersten Mal – er trete sicher auf das Ende einer Legislatur zurück, aber es könne auch jene sein, die im Jahr 2031 zu Ende gehe. Die Weltwoche schrieb darauf, dass Maurer gerne zurücktreten würde, aber die Partei ihn nicht lasse. Der Grund sei, dass die SP das Finanzdepartement übernehmen wolle, was Maurer verhindern müsse.

Doch es gibt noch einen zweiten Grund, weshalb Maurer ausharren soll. Eine Bundesratswahl für Magdalena Martullo-Blocher kommt 2019 vermutlich noch zu früh, aber vier Jahre später wäre sie wahrscheinlich bereit anzutreten, wenn sie denn «muss», wie sie immer betont. Maurer nährte diese Gerüchte am Donnerstag in einem Interview im Blick, als er sagte: «Sie wäre dereinst eine gute Nachfolgerin.» Sollte das Gerücht einen realen Hintergrund haben, wird die Frage interessant, ob die SVP eine von langer Hand geplante politische Erbfolge akzeptiert.

### **Keine gute Figur im Postauto-Skandal**

Doris Leuthard sucht längst den Absprung aus dem Bundesrat – und findet ihn nicht. Schon vor Jahren wurde sie als Chefin von UNO-Organisationen gehandelt, bei der Wahl allerdings übergangen. Beim World Economic Forum (WEF) war sie als Nachfolgerin für den Gründer Klaus Schwab im Gespräch, aber dieser wollte nicht zum Grüssaugust degradiert werden – und Leuthard wollte nicht unter Schwab Chefin sein. Da zog man ihr einen blassen Norweger vor. Dieses Frühjahr war dem Vernehmen nach alles vorbereitet, dass sie an die Spitze der CVP-nahen Raiffeisen-Banken hätte wechseln können. Dann kam der Skandal um Raiffeisen-CEO Pierin Vincenz und seinen Nachfolger Patrik Gisel dazwischen. Nun ist ein Absprung unmöglich, obwohl der Platz im Verwaltungsratspräsidium frei wird – zu eng sind die Bande Leuthards zu Vincenz und Gisel. Hinzu kommt der Postauto-Skandal, bei dem sie und ihr Bundesamt für Verkehr keine besonders gute Figur machten.

Derweil also zwei Bürgerliche plus Doris Leuthard reif für den Rücktritt sind und die zwei anderen Bürgerlichen noch ihren Platz im Gremium suchen, machen Simonetta Sommaruga und Alain Berset weiter linke Politik und bringen sie durch. Sie seien dünnhäutiger geworden, heisst es zwar. Berset

habe seine Niederlage mit der Altersreform noch nicht verdaut. Und Simonetta Sommaruga scheut Medienkonferenzen wie der Teufel das Weihwasser. Sie verschickt lieber dürre Communiqués, wie zuletzt beim umstrittenen EU-Waffenrecht. Aber im Bundesrat sind sie eine Macht. «Die Linken haben die besseren Bundesräte», sagt ein bürgerlicher Nationalrat auf die Frage, was denn falsch laufe, und zuckt mit den Achseln. Auf dem Papier haben wir eine bürgerliche Regierung. Aber Papier ist geduldig.

### **Bersets Zermürbungstaktik**

An der Bundesratssitzung vom 2. März referiert Alain Berset unüblich lange über die AHV. Die Bundesräte sind langsam müde, sagt einer, der es von einem Bundesrat erfahren hat. Berset habe eine «Zermürbungstaktik» angewandt. Er verspricht, allen Einwänden seiner Kollegen in der Vernehmlassung Rechnung zu tragen. Ihm gelingt so, eine Abstimmung zu verhindern, welche die bürgerlichen Bundesräte zu einem Ja oder Nein zu Bersets Plänen gezwungen hätte. Das sei der entscheidende Trick der SP-Bundesräte, sagt einer aus dem nächsten Umfeld des Gremiums. Der Bundesrat werde so zur «konfliktfreien Zone». «Harmonie» sei die Regel, mehrheitsfähige Beschlüsse die Ausnahme. Und warum lassen es die Bürgerlichen geschehen? «Die Stärke der Linken ist die Schwäche der anderen.»

Ist der Beschluss einmal ohne Abstimmung gefällt, macht Berset damit, was er will: An der Medienkonferenz nach der Sitzung werden die 1,7 Prozent Mehrwertsteuer, die angeblich zur Sanierung der AHV nötig seien, zur Hauptbotschaft, obwohl sie gemäss NZZ gar nicht Teil des Bundesbeschlusses waren. Damit setzt Berset seine Kollegen vor ein «fait accompli». An der nächsten Sitzung wird er dann sagen, dass er nun nicht mehr hinter die 1,7 Prozent zurück könne, da er sonst das Gesicht und der Bundesrat seine Glaubwürdigkeit verlieren würde.

In der Europapolitik lässt der Bundesrat am selben Tag Ignazio Cassis mit dem alten Konzept von Didier Burkhalter laufen, ohne dass man wirklich eine Auslegeordnung mit allen Optionen gemacht hat. Vor der Presse erklärt Cassis am Montag darauf, es gebe drei «Behälter» mit unterschiedlichem Recht, einer mit schweizerischem, einer mit gemeinsamem und einer mit EU-Recht. Nur Letzteres müsse vom EU-Gerichtshof ausgelegt werden. Es dauert wenige Tage, bis klar wird, dass es eigentlich nur einen Behälter gibt, jenen mit EU-Recht, und deshalb immer das EU-Gericht über die Schweiz entscheiden wird.

Cassis geht nun dazu über, Parteien und Wirtschaft inständig zu bitten, ihn doch zu unterstützen. Wichtiger wäre, zusammen mit Bundesrat Ueli Maurer das Problem der Börsenäquivalenz zu entschärfen.

### **Schneller Konsens wichtiger als beste Lösung**

Das redliche Bemühen von Cassis um eine gute Lösung für die Beziehungen zur EU wurde hintertrieben – erstens durch seine Verwaltung, zweitens durch seine Bundesratskollegen. Die Verwaltung will unter keinen Umständen eine Lösung, die dereinst ein Hindernis für das eigentliche Ziel, den EU-Beitritt, wäre. Sie hat die Messer schon gewetzt, weil Cassis so ehrlich wie selbstverständlich betonte, eine gute Lösung sei ihm wichtiger als eine schnelle Lösung. Ebenso aufgebracht ist man im Aussendepartement, weil Cassis den aussenpolitischen Bericht stoppte und darauf hinwies, dass Aussenpolitik auch etwas mit wirtschaftlichen Interessen zu tun habe. Und Cassis Bundesratskollegen stellen den schnellen Konsens über die Debatte um die beste Lösung. Ihnen ist egal, wenn Cassis – wie sein Vorgänger Burkhalter – in Brüssel oder in Bern aufläuft.

Nach der langen Sitzung an diesem Freitag, 2. März, haben sich die SP-Bundesräte durchgesetzt. Einmal mehr. Den Bürgerlichen fehlt die Zusammenarbeit und die Führungsfigur. Die Schweiz hat keine Regierung, sondern ein Wohlfühlkabinett. Es diskutiert nicht, es stimmt nicht ab, dafür akzeptiert es Zermürbungstaktiken und «faits accomplis». Der Bundesrat treibt dahin, halb gezogen von seiner Verwaltung, und halb gedrängt von der Agenda seiner linken Mitglieder.

Ändern dürfte sich das erst, wenn die drei amtsältesten Bundesräte zurücktreten. Eines ist klar: Von den Vätern unseres Regierungssystems war das einst anders gedacht. Es sollte um Lösungen gerungen werden. (Basler Zeitung)